

Backbord

ZEITUNG DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI KIEL

Am 23. Juni fand in Kiel eine Demonstration gegen die „Kiel Conference“ statt, die von der Bundeswehr und dem Institut für Sicherheitspolitik an der Kieler Uni organisiert wurde. Sie soll als Anhängsel zur Münchener Sicherheitskonferenz zukünftig jedes Jahr während der Kieler Woche Konzepte für den Seekrieg entwickeln. Die DKP wird sich tatkräftig an den Protesten dagegen beteiligen – keine Kriegskonferenz in Kiel!

„Kiel, Krieg, Flucht“

Weltweit sind mehr als 60 Millionen Menschen auf der Flucht, vor Krieg, Verfolgung, Armut, Landraub und Umweltzerstörung.

Die wenigsten von ihnen erreichen Deutschland. Zäune an europäischen Grenzen, das Mittelmeer als Todesfalle, Abschiebungen, Verschärfungen des Asylrechts und vieles mehr verhindern, dass Menschen, die aus o.g. Gründen Schutz suchen, ihn auch finden. Viele bezahlen ihre Hoffnung auf ein sicheres Leben mit dem Tod.

Die sogenannte Flüchtlingskrise ist in aller Munde, dass aber auch hier die Waffen produziert werden, mit denen unter anderem in Syrien gemordet wird, ist hingegen weiterhin nur Wenigen bewusst.

Die Region ist voll von Rüstungsunternehmen: Thyssen Krupp Marine System, Weltmarktführer im Bereich der Wasserstoff betriebenen U-Boote; auf dem gleichen Gelände findet sich die German Navel Yards, aber auch Rheinmetall Landsysteme, Raytheon Anschütz und Sig Sauer sind in unserem Lande vertreten.

Diese Waffen gehen dann auch schon mal in ein Kriegsgebiet, wie die Panzer von Rheinmetall, mit denen Saudi-Arabien Krieg im Jemen führt.

Oder die Kleinwaffen von Sig Sauer aus Eckernförde, die massenhaft in Krisengebiete verkauft wurden und werden.

Wenn wir Kriege und damit auch Fluchtursachen bekämpfen wollen, müssen wir hier bei uns für die Umstellung auf zivile Produktion, also für Rüstungskonversion kämpfen!

Denn nur so kann es gelingen, die Kolleginnen und Kollegen in der Rüstungsproduktion mit einzubinden in den Kampf gegen Krieg und damit auch gegen Rüstungsproduktion.

Insofern ist jede Aktivität in diese Richtung zu begrüßen hier in Kiel gibt es dazu erste Initiativen aus der IG Metall Jugend.

Die Diskussionen hierzu nehmen auch bundesweit wieder zu, so z.B. auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall im letzten Jahr. Eine Schwäche bleibt aber weiterhin, dass sich das Thema Rüstungsproduktion zwar in Beschlüssen und auf Konferenzen findet, sich die reale Aktionstätigkeit hierzu aber in sehr engen Grenzen bewegt, um nicht zu sagen, es passiert dazu im Betrieb und auf der Straße nahezu nix.

Das zu ändern muss Aufgabe aller kämpferischen Gewerkschafter*innen sein, denn die Auswirkungen der Rüstung und Kriegspolitik treffen auch uns.

Die Menschen, die sich - auch durch deutsche Kriegseinsätze - gezwungen

sehen zu fliehen, um damit ihr Leben zu retten, stoßen immer mehr auf Widerstand: durch Zäune, NATO-Missionen im Mittelmeer oder sonstige Angriffe eben jener Staaten, die ihre Länder zerstörten, sie werden in Lagern eingesperrt, rassistisch angegriffen oder eben wieder abgeschoben in sogenannte sichere Herkunftsländer wie Afghanistan oder nach Marokko, das weiterhin durch Krieg und Besatzung in der Westsahara von sich reden macht.

Gemeinsam Kämpfen gegen:

- Kriegseinsätze,
- Rassistische Stimmungsmache,
- Obergrenzen und
- jegliche Sondergesetze für Geflüchtete.

Unsere Willkommenskultur heißt: gemeinsam kämpfen!

Viele begrüßen die Flüchtlinge hier, gehen auf sie zu, helfen in Kleiderkammern, mit Deutschkursen, bei Ämtergängen und vielem anderen mehr. Viele treten rechten Demos wie PEGIDA, HOGESA u.a. entgegen. Trotzdem vergeht kaum ein Tag, an dem nicht Angriffe auf Flüchtlinge oder -unterkünfte durch die Medien gehen, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit nehmen bedrohliche Ausmaße an.

Sind die Flüchtlinge daran schuld, das in Deutschland die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinandergeht?

Sind sie schuld an prekären Beschäftigungen? An Massenentlassungen, Standortverlagerungen?

An Löhnen, die nicht zum Leben reichen? An Altersarmut? An sozialer Ausgrenzung durch die HARTZ IV Gesetze?

An fehlenden Lehrer*innen in vollen Klassen; an der Schließung von Büchereien, Schwimmbädern, Jugendtreffs?

An Wohnungsnot, steigenden Mieten und Verelendung ganzer Stadtviertel?

An den Privatisierungen kommunalen Eigentums?

Wohl kaum, denn diese Probleme sind die Lebenserfahrung vieler Menschen in unserem Land, einem der reichsten

Max und Marie am Frühstückstisch:

Arbeitslos – war gestern!

Marie:

Meine ehemalige Kollegin Sabine hat nach 6 Monaten immer noch keine neue Arbeit.

Max:

Komisch, gerade kamen die Arbeitslosenzahlen für März durch. Rekordtief, nur noch 2.911.000 Arbeitslose! Und 614.000 freie Stellen – da muss doch für Fachkräfte wie deine Kollegin was dabei sein.

Marie:

Sabine sagt, ihr werden nur Teilzeit- oder Minijobs angeboten. Reicht aber nicht mit 2 Kindern.

Max:

Das macht wütend. Aber ich versteh sowieso nicht, wie die rechnen. Ist man nicht „arbeitslos“, wenn man einen Minijob mit 450€ hat?

Marie:

Dann würden ja 6 Millionen Menschen mehr in der Arbeitslosenstatistik stehen!

Max:

Das Jobwunder Deutschland ist also eine Lüge? Da rechnen sie einfach Minijobber, Ein-Euro-Jobber und Menschen in Förder- und Arbeitsmaßnahmen aus der Statistik raus und schon haben wir statt 9.500.000 Mio nur noch 2 Mio Arbeitslose – so macht man das im Jobwunderland.

Länder Europas. Trotzdem gibt es Verunsicherung, nehmen Ängste zu, dass das wenige demnächst noch weniger wird. Seit dem Ausbruch der Krise 2008 sanken Sozialleistungen und Löhne u.A. durch die Einführung von Leiharbeiter, und der massenhaften Erhöhung an prekären Jobs bei Abbau von Vollzeitstellen. Armut und Existenzunsicherheit steigen!

Diese Lebenswirklichkeit schafft Angst, Angst vor dem Abstieg in prekäre Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Armut.

Diese Ängste nutzen rechte Kräfte, um sie in Richtung Flüchtlinge zu kanalisieren. Der Untergang des Abendlandes durch Flüchtlinge ist nicht zu befürchten. Aber Hetze gegen Flüchtlinge, der zunehmende Rassismus, die massenhafte Beteiligung an Demonstrationen wie PEGIDA und HOGESA, brennende Flüchtlingsunterkünfte und die Wahlerfolge der AfD zeigen, wie die geschürten Ressentiments der herrschenden Politik von Rassisten und Faschisten aufgegriffen werden um von den wahren Verantwortlichen abzulenken.

Es sind die Konzerne, die mit Niedriglöhnen, Werkverträgen, Tarifflicht, Massenentlassungen und Standortverlagerungen ihre Profite auf Kosten der arbeitenden Menschen erhöhen.

Es sind die Rüstungskonzerne, die an Kriegen und Krisen profitieren und es ist

die Politik, die dafür sorgt, dass es auch so bleibt.

Allein die Erhöhung des Rüstungshaushaltes von 35 Milliarden Euro auf 58 Milliarden Euro bis 2024 und die Aufrüstung der Bundeswehr bis 2030 auf 130 Milliarden Euro zeigt, Geld ist genug da! Nur profitieren davon nicht wir, die Mehrheit der Bevölkerung, sondern die 10%, denen 50% des Volksvermögens gehören.

Diese Milliarden fehlen uns, im Gesundheitswesen, im Bereich Bildung und Erziehung, im sozialen Wohnungsbau, im dringend benötigten Entgelt unserer Kolleg*innen im Öffentlichen Dienst und ebenso für kostenlose Sprachkurse, Lehrpersonal für „DaZ“ Klassen, und Kulturangebote.

Aktuell wird von der großen Koalition versucht, Geflüchtete vom Mindestlohn auszuschließen, zudem werden u.A. über 6monatige oder noch längere „Praktika“, oder die Ausweitung des sogenannten Einstiegsqualifizierungsjahrs Geflüchtete nahezu zum Nulltarif bezahlt.

Das erhöht den Druck und die Konkurrenz unter den Kolleginnen und Kollegen, die ohnehin schon in mies bezahlten Jobs arbeiten müssen.

„Wir“ sitzen also nicht alle im gleichen Boot, sondern „wir“ befinden uns auf der einen Seite der Barrikade – gemeinsam



mit Geflüchteten, die keine anderen Interessen haben als wir selbst - und die Profiteure auf der anderen Seite.

Flucht! Sie kassieren ihre Profite und lassen Länder und Kommunen, die die Folgen der Fluchtursachen und damit konkret der Menschen, die bei uns Schutz, ein Leben ohne Angst und eine Zukunft suchen, mit den klammen Kassen allein. Dadurch steigt die Schuldenlast und wieder wird von unten nach oben umverteilt: Schließung von Schwimmbädern, Büchereien, weniger Lehrer*innen, Kürzungen, Stellenabbau, Privatisierungen usw. Auch der Druck auf die anstehenden Tarifkämpfe, z.B. im Öffentlichen Dienst steigt.

Dies schafft die Stimmung für Rassisten, die versuchen, jene gegen die Flüchtlinge in Stellung zu bringen, die zu den sozial ausgegrenzten gehören, und diejenigen, die Angst um ihren Arbeitsplatz haben, vor steigenden Mieten,

Hier sitzen die Verursacher für Krieg und



Dem müssen wir gemeinsam Solidarität entgegensetzen.

Wir müssen hier und heute gemeinsam kämpfen für:

Sozialen Wohnungsbau

Geld für Bildung und Gesundheit

für Daseinsvorsorge in öffentlichem Eigentum.

Refugees welcome – Solidarität heißt gemeinsam kämpfen!

Für ein menschenwürdiges Leben für alle, in Deutschland, Europa, auf der ganzen Welt.

Wir brauchen die Diskussion und den Kampf für eine bessere, eine gerechtere Wirtschafts- und Sozialordnung: für den Sozialismus!

Kontakt DKP Kiel:

www.dkp-kiel.de

info@dkp-kiel.de



DKP
Deutsche Kommunistische Partei
KIEL